

**Anordnung
über Zuständigkeiten im Bestattungswesen
Vom 22. Oktober 1996**

Zum Ausgangs- oder Titeldokument

Fundstelle: Amtl. Anz. 1996, S. 2777

Stand: letzte berücksichtigte Änderung: Abschnitte II und VII geändert durch Artikel 26 der Anordnung vom 20. September 2011 (Amtl. Anz. S. 2157, 2159)

I

Zuständig für die Durchführung des Bestattungsgesetzes vom 14. September 1988 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 167), zuletzt geändert am B. November 1995 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seiten 290, 294), sowie der Bestattungsverordnung vom 20. Dezember 1988 mit der Änderung vom 24. Februar 1998 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1988 Seite 303, 1998 Seite 35) in der jeweils geltenden Fassung sind, soweit dort oder nachstehend nichts anderes bestimmt ist,

1. in Bezug auf die Friedhöfe Ohlsdorf und Öjendorf, soweit im Gesetz zur Errichtung der Hamburger Friedhöfe - Anstalt öffentlichen Rechts - (HFG)) vom 8. November 1995 mit der Änderung vom 21. September 1999 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1995 Seite 290, 1999 Seiten 229, 230) oder nachstehend nichts anderes bestimmt ist, mit Ausnahme der Aufgaben nach § 10 Absatz 1 Sätze 3 bis 5 des Bestattungsgesetzes

die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,

2. im Übrigen

die Bezirksämter.

II

(1) Zuständige Behörde nach § 1 Absatz 2 Satz 3 des Bestattungsgesetzes beim Fund der Leiche eines Unbekannten ist

die Behörde für Inneres und Sport.

(2) Zuständige Behörde nach

1. § 3 Absatz 1 Satz 1 des Bestattungsgesetzes (Herausgabe des Vordrucks für Todesbescheinigung),
2. § 7 Absatz 2 des Bestattungsgesetzes (Ausnahmen vom Erfordernis einer amtlichen Bescheinigung über das Vorliegen einer übertragbaren Krankheit) bei grenzüberschreitenden Leichenbeförderungen auf dem Wasser- oder Luftweg,
- 3.

§ 12 Absatz 3 Satz 1 Buchstabe c des Bestattungsgesetzes (Ermächtigung für die zusätzliche Leichenschau),

die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.

(3) Zuständige Behörde nach

1. § 14 Satz 2 des Bestattungsgesetzes (Zulassung der Ausnahme vom Friedhofszwang),
2. § 16 Absatz 1 Satz 2 des Bestattungsgesetzes (Bekanntgabe der Widmung weiterer Friedhöfe),
3. § 20 Absatz 2 des Bestattungsgesetzes (Erteilung von Genehmigungen an Gewerbetreibende),
4. § 24 Absatz 4 des Bestattungsgesetzes (Erhaltungsverpflichtungen für geschichtlich oder künstlerisch bedeutende Grabmale),
5. § 29 Absatz 1 Satz 2 des Bestattungsgesetzes (Fristbestimmung für den Antrag auf Aushändigung der Grabmale und Grabgegenstände),
6. § 29 Absatz 2 Satz 1 des Bestattungsgesetzes (Sonderregelung für denkmalschutzwürdige Grabmale),
7. § 31 Absatz 4 Satz 3 des Bestattungsgesetzes hinsichtlich der Zulassung einer Ruhezeit unter 25 Jahren für den gesamten Friedhof sowie nach
8. § 1 Absatz 1 Satz 4 der Bestattungsverordnung (Kennzeichnung der Beschaffenheit von Särgen) ist

die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt.

Ihr obliegen auch die Aufgaben nach § 29 Absatz 3 Sätze 1 und 3 des Bestattungsgesetzes (Bekanntgabe des Ablaufs von Rechten).

(4) Zuständige Behörde nach § 10 Absatz 1 Sätze 4 bis 6 des Bestattungsgesetzes ist

1. für verstorbene wohnungslose Personen
das Bezirksamt, in dessen Bezirk die verstorbene Person ihre letzte Meldeadresse oder bei mehreren Wohnungen ihre Hauptwohnung hatte,
2. für verstorbene wohnungslose Personen, die in Hamburg zu keinem Zeitpunkt gemeldet waren, und
3. für verstorbene Personen, deren Identität nicht feststellbar ist,

das Bezirksamt Hamburg-Mitte.

(5) Die Zuständigkeit der Bezirksämter nach Abschnitt V Absatz 1 der Anordnung zur Durchführung des Personenstandsgesetzes vom 3. Dezember 1974 (Amtlicher Anzeiger Seite 1661), zuletzt geändert am 28. April 1989 (Amtlicher Anzeiger Seiten 909, 912), für Genehmigungen der Erdbestattung vor Eintragung in das Sterbebuch nach § 12 Absatz 1 Satz 1 des Bestattungsgesetzes bleibt unberührt.

III

Zuständig für die Durchführung des Gräbergesetzes in der Fassung vom 29. Januar 1993 (Bundesgesetzblatt I Seite 179) in der jeweils geltenden Fassung ist

die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt.

Ihr werden auch die Aufgaben der obersten Landesbehörde im Sinne von § 6 Absatz 4 des Gräbergesetzes übertragen.

IV

Auf Grund von § 36 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung vom 19. Februar 1987 (Bundesgesetzblatt I Seite 603), zuletzt geändert am 28. Oktober 1994 (Bundesgesetzblatt I Seiten 3186, 3193), in Verbindung mit § 2 Absatz 2 HFG wird bestimmt:

Zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 33 des Bestattungsgesetzes, die im Bereich der Friedhöfe Ohlsdorf und Öjendorf oder im Zusammenhang mit einer Bestattung auf diesen Friedhöfen begangen werden, ist

die Hamburger Friedhöfe

- Anstalt öffentlichen Rechts -.

V

(1) Die für die Finanzen zuständige Behörde im Sinne des Gesetzes zur Errichtung der Hamburger Friedhöfe - Anstalt öffentlichen Rechts - ist

die Finanzbehörde.

(2) Die für das Bestattungs- und Friedhofswesen zuständige Behörde im Sinne des Gesetzes zur Errichtung der Hamburger Friedhöfe - Anstalt öffentlichen Rechts - ist

die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt.

Sie ist auch Aufsichtsbehörde im Sinne von § 4 Absatz 1 HFG.

VI

Zuständig für die Unterhaltung und Verwaltung der übrigen staatlichen Friedhöfe sind

die Bezirksämter.

VII

Fachbehörde nach §§ 42 und 44 bis 46 des Bezirksverwaltungsgesetzes vom 6. Juli 2006 (HmbGVBl. S. 404) in der jeweils geltenden Fassung ist

1.

im Hinblick auf die Aufgaben der Bezirksämter nach dem ersten Abschnitt des Bestattungsgesetzes sowie nach § 10 Absatz 2, § 12 Absatz 3, § 26 Absatz 2 und § 31 Absätze 4 und 5 des Bestattungsgesetzes

die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration,

2. im Übrigen

die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt.

VIII

Die Anordnung über Zuständigkeiten im Bestattungswesen vom 28. März 1989 (Amtlicher Anzeiger Seite 693) in der geltenden Fassung wird aufgehoben.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 22. Oktober 1996.